

FRANK ELBE ÜBER ...

... die EU-Osterweiterung

Durch die Osterweiterung darf und soll auch kein neuer eiserner Vorhang entstehen. Polens Ostgrenze wird eine der zukünftigen Aussengrenzen der Europäischen Union sein. Wir brauchen dort eine intelligente Grenze, eine Grenze, die gegen organisierte Kriminalität, Drogenhandel, illegale Einwanderung oder Menschenhandel dicht sein muss. Sie muss zugleich offen genug sein, um regionale Kooperation zu ermöglichen und damit die politische und wirtschaftliche Stabilität in den östlichen Nachbarstaaten Polens – das sind Belarus, die Ukraine und Russland – zu fördern.

... Nicht-EU-Länder

Ob ein Staat die Mitgliedschaft in der Union anstrebt, ist ausschliesslich eine Frage seiner politischen Grundentscheidung.



Würde man die Beitrittsfrage ausschliesslich unter dem Gesichtspunkt, ob eine künftige Mitgliedschaft überwiegend Vorteile bietet, erörtern, gäbe es keine Alternative zu einem Beitritt zur Europäischen Union, wenn man nicht von der Dynamik der europäischen Entwicklung abgekoppelt bleiben will. Dies gilt insbesondere für Staaten mit einem hohen Entwicklungsstand und einem leistungsfähigen, exportabhängigen Industrie- und Gewerbesektor sowie einem hochentwickelten Finanzdienstleistungssektor. Ihre Souveränität wird zunehmend in dem Masse reduziert werden, in dem die Europäische Union sich auf dem Gebiet der Rechtssetzung und in der Gestaltung ihrer einheitlichen Politik fortentwickelt. Nichtmitglieder der Europäischen Union müssen faktisch die Entwicklungen der Union nachvollziehen, ohne eine gleichberechtigte Mitwirkung an den einschlägigen Entscheidungsprozessen zu haben. Darin liegt letztlich ein Souveränitätsverlust.

... die Schweiz und EU

Die Schweiz nähert sich Europa über den sog. autonomen Nachvollzug und die bilateralen Verträge an. Die Bilateralen I enthielten sieben Abkommen: Personenfreizügigkeit, Luftverkehr, Landverkehr, Landwirtschaft, Beschaffungswesen, Forschung, Abbau teilweiser Handelshemmnisse. Diese Abkommen haben allen Parteien überwiegend Vorteile gebracht. Über die Bilateralen II wird verhandelt. Das Freizügigkeitsabkommen, das die Schweiz 1999 abgeschlossen hat, wird auf die neuen EU-Mitgliedsstaaten ausgedehnt werden müssen. In den Verhandlungen der Schweiz mit der Europäischen Kommission wird es zu annehmbaren Lösungen kommen. Andererseits gibt es nicht übersehbare Vorbehalte gegen die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens. Es ist nicht sicher, dass ein allfälliger Volksentscheid erfolgreich sein wird. Scheitert das Referendum, hätte dies aufgrund der sog. Guillotinen-Klausel das Ausserkrafttreten aller bilateralen Abkommen von 1999 zur Folge, weil diese nämlich unauflöslich miteinander verbunden sind.

... die Lage Deutschlands

Wir haben andere Emotionen verdient als unverhohlene Hämne, mit der man sich an Deutschland als dem kranken Mann Europas freut. Es geht mir darum, das Bild Deutschlands zurecht zu rücken. Es besteht kein Grund, übermütig, gar euphorisch zu werden. Wir sind eben nicht nur stark, sondern haben auch grosse Probleme. Die Deutschen reagieren höchst eigenartig auf unterschiedliche Konjunktorentwicklungen. Geht es uns mal richtig gut, sehen wir immer noch düstere Wolken. Aber wenn uns das Wasser überkante Unterlippe steht, dann geht ein Ruck durch uns und wir lösen die Probleme mit grosser Entschlossenheit. Und wir haben das Tal der Tränen durchschritten. Der Aufschwung in Deutschland hat begonnen. (kp)

Kompatibles Europa

Der deutsche Botschafter fordert zur Einheit Europas auf

VADUZ – Deutschland befürwortet den Beitritt der Schweiz und Liechtensteins zur EU, erklärte der deutsche Botschafter Frank Elbe in einem Vortrag zur Sicherheit Europas.

• Kornelia Pfeiffer

Sich der grossen Verantwortung zu stellen und umzudenken, forderte Frank Elbe am Mittwochnachmittag im Vaduzer Saal auf. Nie zuvor konnte eine Generation die Menschheit als Ganzes töten, erinnerte er an das heute denkbare Zerstörungspotenzial. Elbe ist seit Juli 2003 deutscher Botschafter für die Schweiz und Liechtenstein. Aussenminister Ernst Walch hatte ihn eingeladen, über die «Herausforderungen an Europa 2004» zu sprechen. Die europäische Einheit sei ein wirksames Instrument für mehr Sicherheit in Europa, gab sich der deutsche Botschafter überzeugt. Sie gelte es auszubauen, um den internationalen Terrorismus, das organisierte Verbrechen, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Missachtung von Menschenrechten, wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten zu bekämpfen.

Investition in die Sicherheit

Die EU-Osterweiterung sei der bislang «weitreichendste Entwicklungssprung in der Geschichte der EU». Der Ausgleich des wirtschaftlichen und sozialen Gefälles zwischen Ost und West sei «eine Investition in die Sicherheit Europas». Beim Weltwirtschaftsforum in Davos hätten sich 69 der Wirtschaftsführer zuversichtlich gezeigt, dass die Erweiterung der wirtschaftliche



Liechtensteins Aussenminister Ernst Walch hiess Botschafter Frank Elbe herzlich willkommen. Frank Elbe meinte in Vaduz unter anderem Partnerschaft zwischen EU und USA ist ein wichtiges politisches Gut.

und politische Stellung Europas stärken werde. Deutschland wünsche, dass auch die Schweiz und Liechtenstein der EU beitreten, lockte und warnte Frank Elbe. Eine «feindliche Übernahme» plane die EU nicht, allerdings müssten die Nicht-Mitglieder «kompatibel» bleiben: «Nicht-Mitglieder der Europäischen Union müssen faktisch die Entwicklung der Union nachvollziehen, ohne eine gleichberechtigte Mitwirkung an den Ent-

scheidungsprozessen zu haben.»

Transatlantische Partnerschaft

Den Schritt Liechtensteins, dem EWR beizutreten, nannte Frank Elbe «eine weise Entscheidung». Die Schweiz hatte er am Samstag in einem Interview in der Schweizer Tageszeitung «Der Bund» zu einer offenen Diskussion über den EU-Beitritt der Schweiz aufgefordert.

Deutschland leiste für die Sicherheit Europas mit dem wirtschaft-

lichen Aufbau Ost einen besonderen Beitrag, rückte der Botschafter das Bild von «Deutschland als dem kranken Mann in Europa» zurecht. Elbe sprach sich für den globalen Dialog mit dem Islam aus und bezeichnete die transatlantische Partnerschaft als «eines der wichtigen politischen Güter der Gegenwart». Die Konsultationsmechanismen zwischen Europa und den USA gelte es angestrengt auszubauen und zu verstärken.

Mythos Bankgeheimnis

Deutscher Botschafter Frank Elbe: Deutschland ist eher wohlwollend

VADUZ – «Unsere Sprache ist freundlicher und leidenschaftsloser als die der NZZ», kommentiert Frank Elbe, deutscher Botschafter in Bern, die zurzeit harte Linie der EU gegenüber der Schweiz.

• Kornelia Pfeiffer

Volksblatt: Herr Botschafter Elbe, wenn Sie in Ihrem Vortrag mit Hamlet sagen, «die Zelt ist aus den Fugen», wie sieht es mit dem Verhältnis Deutschland – Liechtenstein aus?

Frank Elbe: Wenn man die Dinge so sieht wie ich – und das tun alle Verantwortlichen – kann man den Liechtensteinern den Respekt nicht versagen, den sie sich mit den Leistungen der gewerblichen Wirtschaft erworben haben. Liechtenstein hat sich zu einem kleinen Wirtschaftsriesen entwickelt und erhält internationale Beachtung.

Es hat in den letzten Jahren auch Anstrengungen unternommen, um dem Image entgegenzuwirken, dass mit dem Finanzplatz zusammenhängt. Die Anstrengungen der Regierung verdienen Anerkennung.

Europa ist das Ergebnis von Kompromissen, haben Sie in Ihrem Vortrag betont. Wie bewerten Sie den Druck, den der deutsche Finanzminister fordert, damit die Schweiz das Zinsbesteuerungsabkommen unabhängig vom Schengen-Abkommen unterschreibt. Die NZZ hat die Haltung der EU als «imperiales

Gehabe» bezeichnet.

Es gibt keine Tradition innerhalb der Europäischen Kommission, sich «imperial» zu bewegen. Ich finde die Bezeichnung für den Vorgang nicht angemessen und will in Erinnerung rufen, dass das Zinsbesteuerungsabkommen ein Entgegenkommen an die Schweiz ist. Die ursprüngliche Position der EU-Kommission war eine allgemeine Meldepflicht. Deutschland hat nicht unerheblichen Anteil am Zustandekommen dieses Kompromisses. Diese Genesis der Vertragsverhandlungen zeigt, dass wir uns eher von Wohlwollen leiten lassen. Unsere Sprache ist freundlicher und leidenschaftsloser als die der NZZ.

Für die Schweiz geht es immerhin um das Bankgeheimnis...

... Was hat denn das Bankgeheimnis mit Europa zu tun? Artikel 51 betrifft die Voraussetzungen, unter denen ein Rechtshilfeverkehr stattfindet. Wir kommen in eine ganz gefährliche Verwirrung der Begriffe. Uns wird eingeredet, dass das Bankgeheimnis etwas sei, mit dem die Schweiz sich vom Rest der Welt unterscheidet. Alle europäischen Staaten haben ein hoch entwickeltes Persönlichkeitsrecht, eine hoch entwickelte Datenschutzgesetzgebung und ein Bankgeheimnis. Es gibt keinen Unterschied zwischen dem Schweizer und dem deutschen Bankgeheimnis. In einem Strafverfahren hat nämlich auch das Schweizer Bankgeheimnis keinerlei Bestand. Wenn man ermitteln will gegen einen Ring



Frank Elbe: «Es gibt keinen Unterschied zwischen dem Schweizer und dem deutschen Bankgeheimnis.»

von Kinderpornographen, dann wäre es ein Verstoß gegen die allgemeine Sittlichkeit und das Rechtsschmerzempfinden zu sagen: Hier können wir an die Konten nicht heran.

Wo liegt dann das Problem?

Es geht hier nicht um das Bankgeheimnis, sondern um die Unterscheidung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung. Und man trägt das Bankgeheimnis wie eine Ikone vor sich her, um davon abzulenken, dass es einen Unterschied zwischen Steuerbetrug und Steuer-

hinterziehung gibt. Es geht bei Artikel 51 des Abkommens von Schengen über den Rechtshilfeverkehr darum, ob Übertretungen rechtshilfefähig sind oder nicht. Die Schweiz ist sehr korrekt im Rechtshilfeverkehr. Sie leistet Rechtshilfe bei allen Vergehen, die nicht auf Steuerhinterziehung fassen. Ich bin etwas besorgt, dass man eine Verwirrung der Begriffe einführt in Verhandlungen, die im Grunde mit der Zukunft Europas zu tun haben. Wir müssen den Begriff Bankgeheimnis entmystifizieren.